

# LINKS LU

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
218 · Ausgabe LU · Mai 2025



Der 1. Mai ist der internationale Tag der Arbeit, der für die Rechte der Arbeiter:innenbewegung steht. An ihm wird seit 1886 für bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne gekämpft. Die 1.-Mai-Feier auf dem Helvetiaplatz in Luzern wurde von Gewerkschaften, Privatpersonen, linken Parteien, sozialen Bewegungen, Vereinen und verschiedenen aktivistischen Gruppen organisiert.

## Solidarität statt Spaltung – das war der 1. Mai in Luzern

**Am 1. Mai 2025 haben wir mit über 600 Teilnehmenden ein starkes Zeichen gesetzt – für eine Gesellschaft, in der Zusammenhalt stärker ist als Spaltung. Während Ausgrenzung und soziale Ungleichheit in vielen Ländern zunehmen, standen wir als Gewerkschaftsbewegung gemeinsam hin.**



Caroline Rey, Kantonsrätin  
und Präsidentin Luzerner  
Gewerkschaftsbund (LGB)

Wir sind überzeugt: Nur durch Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung lassen sich Krisen bewältigen und eine gerechte Zukunft gestalten. Darum war auch Solidarität das zentrale Thema dieses Tages – ein Aufruf, füreinander einzustehen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Beruf oder sozialem Status. Sie zeigte sich in den Reden, auf

Transparenten – und zeigt sich vor allem in der gelebten Praxis: im Einsatz für faire Löhne, für sichere Arbeitsplätze und für soziale Gerechtigkeit. Besonders eindrücklich ist die alltägliche Solidarität – etwa in der Familie, im Quartier oder am Arbeitsplatz. Dort, wo Menschen sich umeinander kümmern, wo sie pflegen, betreuen und unterstützen.

### **Solidarität muss politisch wirksam sein**

Am 1. Mai wurde erneut deutlich: Solidarität darf nicht nur ein schönes Wort sein – sie muss politisch wirksam werden. Es wurde gefordert, die strukturellen Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dazu zählen Löhne, die zum Leben reichen, Rahmenbedingungen, die Elternschaft und Beruf vereinbar machen – nicht nur auf dem

Papier, sondern auch im gelebten Alltag –, und ein gut ausgebauter Service public. Denn echte Teilhabe ist nur möglich, wenn niemand zurückgelassen wird. Solidarität heisst auch, unbezahlte Care-Arbeit sichtbar zu machen und gerecht zu verteilen – zwischen den Geschlechtern, in der Familie und in der Gesellschaft. In einer Zeit, in der rechte Kräfte versuchen, Hass zu schüren und Gesellschaften zu spalten, war der diesjährige 1. Mai in besonderem Mass ein kraftvolles Gegengewicht. Unsere Antwort auf diese Hetze war klar und unmissverständlich: Solidarität. Nicht als naives Ideal, sondern als konkrete politische Haltung – für Gleichstellung und sozialen Zusammenhalt.

### **Ein Tag des Miteinanders**

Der 1. Mai 2025 hat gezeigt, wie kraftvoll Solidarität sein kann. Es war ein Tag des Miteinanders, des Widerstands und der Hoffnung. Und er hat uns einmal mehr daran erinnert: Eine gerechtere Welt entsteht nicht von selbst – wir müssen sie gemeinsam gestalten.

# Ein Weckruf für unsere Zukunft

**Klimaschutz gibt's nicht zum Nulltarif – aber wir können ihn gerecht finanzieren. Svenja Bauer, Parteisekretärin der JUSO Luzern, über eine Erbschaftssteuer, die dort ansetzt, wo das Geld liegt – nämlich bei den Überreichen.**

Kaum eine andere Initiative hat im Vorfeld für so viel Gesprächsstoff gesorgt wie unsere nationale «Initiative für eine Zukunft». Noch bevor der Abstimmungstermin bekannt ist, wird in Medien, Wirtschaft und Politik heftig diskutiert.

Unsere Initiative fordert eine Erbschaftssteuer von 50 % auf Vermögen über dem Freibetrag von 50 Millionen Franken. Es geht nicht um den Mittelstand, sondern um jene, welche mit ihrem Reichtum die Klimakrise weiterhin befeuern. Die Superreichen müssen zur Kasse gebeten werden, damit wir echten Klimaschutz sozial gerecht finanzieren können.

Für den Kanton Luzern heisst das: Lediglich etwa 156 Personen wären von der Steuer betroffen. Praktisch die ganze Bevölkerung bliebe davon unberührt. Die Einnahmen könnten zudem lokale Klima- und Energieprojekte stärken. Einige erinnern sich bestimmt an die Abstimmung im Jahr 2015 zu einer nationalen Erbschaftssteuer. Damals lag der Freibetrag bei

nur zwei Millionen Franken. Dabei fürchteten viele um die KMU, das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft und Schweizerpolitikargument Nummer eins. Heute ist die Situation anders: «Mit einem Freibetrag von 50 Millionen Franken wäre kein einziges KMU betroffen», bestätigt Roland Rupp, Vizepräsident des KMU-Verbands Schweiz.

«Die Superreichen mit ihrem verschwenderischen Konsum und ihren Investitionen sind Hauptverursacher der Klimakrise. Es ist höchste Zeit, dass sie endlich ihren gerechten Anteil zur Lösung beitragen.»

Ein zentraler Grundsatz in der Schweiz ist das Verursacherprinzip. Wer Schaden anrichtet, muss dafür zahlen. Die Superreichen mit ihrem verschwenderischen Konsum und ihren Investitionen sind Hauptverursacher der Klimakrise. Es ist höchste Zeit, dass sie endlich ihren gerechten Anteil zur Lösung beitragen.

Die Debatte im Nationalrat und in den Medien zeigt, wie dringend unser Anliegen ist und wie wenig Verantwortung die bürgerlichen Parteien übernehmen. Alle Luzerner Bürgerlichen lehnen die Initiative ab. Das zeigt einmal mehr, dass die bürgerlichen Parteien lieber Superreiche beschützen, anstatt die Klimakrise und soziale Ungleichheiten zu bekämpfen. Dadurch wird eine ernsthafte Diskussion um Vermögensungerechtigkeit und Klimakrise konsequent verweigert.

Wir bleiben standhaft. Die Initiative für eine Zukunft ist ein Weckruf! Klimaschutz braucht eine sozial gerechte Finanzierung. Jetzt müssen die grössten Profiteur:innen endlich ihren Beitrag leisten. Gemeinsam kämpfen wir in dem kommenden Abstimmungskampf für eine Zukunft, in der Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen.

# Stabilität für den Luzerner Finanzausgleich

**Das regional konzentrierte Steueraufkommen bringt den Luzerner Finanzausgleich (FAG) zunehmend aus dem Gleichgewicht. Die Teilrevision, über die wir am 18. Mai abstimmen, korrigiert diese Schiefelage kurz- und mittelfristig. Die SP Luzern sagt deshalb Ja zur Vorlage – und fordert gleichzeitig eine rasche Totalrevision.** Simone Brunner

Die Entwicklung der Steuererträge verläuft regional sehr unterschiedlich und teilweise sprunghaft. Dies führt zu einem starken Anstieg der umverteilten Mittel und damit zu erheblichen Ungleichbehandlungen zwischen den Gemeinden. So können beispielsweise aufgrund der Zahlungen aus dem Finanzausgleich «Empfängergemeinden» finanzstärkere Gemeinden überholen, während «Gebergemeinden» mit stagnierenden Steuererträgen binnen kurzer Zeit höhere Beiträge leisten müssen.

Um das Gleichgewicht des Systems wiederherzustellen, hat der Kantonsrat im Dezember 2024 eine Teilrevision beschlossen, die drei Hauptmassnahmen vorsieht:

1. Begrenzung des Wachstums des Ressourcenausgleichs auf maximal 10 Prozent

pro Jahr sowie flexiblere Gestaltung der Mindestausstattung.

2. Entkoppelung von Lasten- und Ressourcenausgleich, um überhöhte Zahlungen an einzelne Gemeinden aus dem Lastenausgleich zu verhindern.

3. Vereinheitlichung der Abschöpfung im Ressourcenausgleich und gleichzeitig Erhöhung der Äufnung des Infrastrukturlastenausgleichs auf 10,6 Millionen Franken.

Diese Massnahmen dämpfen das Wachstum der umverteilten Gelder. Trotzdem erhalten die «Empfängergemeinden» im Vergleich zur aktuellen Situation höhere Beiträge, während die «Gebergemeinden» entlastet werden.

Die SP hat im Kantonsrat klargemacht: Diese Teilrevision ist ein pragmatischer, solidarischer Zwischenschritt. Doch echte Fairness setzt eine Totalrevision voraus, insbesondere im soziodemografischen Lastenausgleich. Darum: am 18. Mai Ja zur Teilrevision – und weiterarbeiten an einer zukunftsfähigen Lösung.

«Kurz- und mittelfristig stabilisiert die Teilrevision das System – langfristig bleibt eine umfassende Totalrevision des Finanzausgleichs jedoch unverzichtbar, um echte Solidarität unter den Gemeinden zu gewährleisten!»



Expertintalk mit Pia Engler, Luisella Wildisen, Lena Hafen und Melania Garcia (v. l. n. r.).

# Sexualisierte Gewalt ist strukturell – und politisch

**Sexualisierte Gewalt ist kein Randphänomen. Sie ist Ausdruck von Machtverhältnissen, die in unserer Gesellschaft tief verankert sind. Die SP-Frauen Luzern haben sich an ihrer Generalversammlung im Fruchthof Sursee genau diesem Thema angenommen – mit einer klaren Botschaft: Es braucht strukturelle Veränderungen, und zwar jetzt.** Andrea Elmer

Ylfete Fanaj, Regierungsrätin und langjährige Kämpferin für Gleichstellung, brachte es in ihrem Grusswort auf den Punkt: «Wenn über Sicherheit gesprochen wird, ist die Sicherheit von Frauen in den eigenen vier Wänden oft nicht mitgemeint. Das muss sich ändern.» Und auch Sursees Sozialvorsteherin Yvonne Zemp Baumgartner machte klar: Behörden müssen Verantwortung übernehmen, wenn sie von Gewalt erfahren – mit Koordination, Konsequenz und dem klaren Willen zum Handeln.

Melania Garcia, zuständig für Gewaltprävention im Kanton Luzern, legte dar, wie Istanbul-Konvention, nationaler Aktionsplan und kantonaler Massnahmenplan ineinander greifen – mit einem klaren Fokus auf Prävention, Opferschutz und Täterarbeit. Besonders

betonte sie die Wirkung breiter Aufklärungskampagnen: Sie erreichen Betroffene, machen Mut und schaffen Sichtbarkeit.

Im Expert:innen-Talk mit Pia Engler, Kantonsrätin und Leiterin einer Schutzunterkunft für gewaltbetroffene Frauen, schilderten Luisella Wildisen (Sozialarbeiterin bei der Opferberatung), Lena Hafen (Richterin) und Melania Garcia, wie das System heute noch zu oft an den Bedürfnissen von Betroffenen vorbeigeht. Mehrfachvernehmungen, Retraumatisierung, Täter-Opfer-Umkehr – all das sind keine Einzelfälle, sondern strukturelle Probleme eines Systems, das Betroffene oft vor grosse Herausforderungen stellt.

Gleichzeitig wurde deutlich: Es gibt Handlungsspielräume. Frauen müssen nicht allein durch Strafverfahren gehen. Niederschwelli-

ge Angebote existieren – aber sie müssen bekannt, zugänglich und ausgebaut werden. Wildisens Appell: «Wir müssen Frauen ihre Handlungsfähigkeit zurückgeben, statt sie zu bevormunden.»

Die Diskussion im Publikum zeigte: Viele sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wer Gewalt bemerkt oder vermutet, darf nicht wegschauen. Häusliche und sexualisierte Gewalt sind Officialdelikte – die Polizei muss handeln, auch ohne Strafantrag. Aber das allein reicht nicht. Es braucht eine Kultur der Zivilcourage, des Eingreifens und des solidarischen Handelns. Und es braucht klare politische Signale wie den Aktions- und Massnahmenplan gegen häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt, der zu Beginn des Jahres in Kraft gesetzt wurde.

Die SP-Frauen haben mit ihrer Veranstaltung gezeigt, was politische Praxis bedeuten kann: hinschauen, zuhören, handeln. Feministische Politik ist kein Nischenthema – sie ist Grundvoraussetzung für eine gerechte Gesellschaft.

# Pia Engler neu im Vizepräsidium der SP Kanton Luzern

Pia Engler wurde am Parteitag der SP Kanton Luzern in Sempach neu ins Vizepräsidium gewählt. Die engagierte Kantonsrätin bringt grosse politische Erfahrung und sozialpolitische Kompetenz ins Gremium ein. Nick Schwery



Das Präsidium mit (v.l.n.r.) Sara Muff, Gianluca Pardini, David Roth und Pia Engler – es fehlt Nadja Stadelmann – flankiert Gastredner Peter Peyer und unsere Regierungsrätin Ylfete Fanaj.

Am 15. März 2025 wurde Pia Engler im Rahmen des Parteitags der SP Kanton Luzern in Sempach einstimmig ins Vizepräsidium gewählt. Pia vertritt die SP seit 2019 im Kantonsrat und präsidiert seit 2023 die Kommission Gesundheit, Arbeit und Soziale Sicherheit. Zudem engagiert sie sich seit rund vier Jahren als Co-Präsidentin der SP Kriens, als Beirätin der SP Frauen Luzern und im Netzwerk Vertrauensperson der SP Schweiz.

Im Vizepräsidium prägt Pia ab sofort zusammen mit Sara Muff, Gianluca Pardini und Nadja Stadelmann die politische Arbeit der SP. «Ich möchte Verantwortung übernehmen und mit meinem Wirken einen positiven Beitrag zur Gesellschaft leisten», betont Pia.

Die rund 100 Delegierten in der Festhalle Sempach bestätigten David Roth als Präsident und die bisherigen Mitglieder der Geschäftsleitung einstimmig in ihren Ämtern. Gastredner war Peter Peyer, Regierungsrat des Kantons Graubünden. Er zeigte in seiner Ansprache auf, wie fortschrittliche Politik auch in einem bürgerlich dominierten Umfeld erfolgreich gestaltet werden kann. Zudem sprachen auch Regierungsrätin Ylfete Fanaj und die beiden Nationalräte David Roth und Hasan Candan zu unseren Delegierten.



→ Hier findest du unsere aktuelle Geschäftsleitung



ANJA MEIER  
Kantonsrätin, Willisau

«Die Regionalspitäler Wolhusen und Sursee sind unverzichtbar für die Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern. Mit dem Spitalgesetz stellen wir sicher, dass die stationäre Grund- und Notfallversorgung für alle Luzerner\*innen erhalten bleibt.»



**JA** zum Spitalgesetz –  
Gesundheit für alle

## AGENDA

- 18. Mai  
Abstimmungssonntag
- 28. Mai  
Feministischer Stammtisch, Luzern | 19 Uhr
- 6. Juni  
Bern konkret, Neubad Luzern | 19 Uhr
- 14. Juni  
Feministischer Streiktag

## PAROLEN FÜR DEN 18. MAI

Kantonal:  
JA zum Spitalgesetz  
JA zum Finanzausgleich